

DIESE GRÜNEN!



ES IST NORMAL, VERSCHIEDEN ZU SEIN

■ WUPPERTAL WIRD INKLUSIV

Es gibt immer noch viele Menschen, die an dieser Stelle fragen werden: Inklusion – was ist das eigentlich? Deshalb möchten wir das Konzept Inklusion hier noch einmal kurz erklären.

Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert die Akzeptanz jeglicher Behinderung als Bestandteil menschlichen Lebens. Damit verbunden ist auch die Forderung, Teilhabe für alle zu sichern. Im Jahre 2009 ist diese Konvention in Deutschland in Kraft getreten, deshalb muss sie nun auch in Wuppertal umgesetzt werden. Meistens wird Inklusion nur auf das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung bezogen.

Doch Inklusion hat eine größere, übergreifende Bedeutung. Inklusion meint auch den Abbau sozialer Barrieren. Eine inklusive Gesellschaft betrachtet deshalb alle Menschen – ungeachtet ihrer Herkunft, Weltanschauung, sexuellen Identität, Fähigkeiten oder Bedürfnisse – als individuell, besonders und gleichberechtigt. Inklusion hat also mehrere Dimensionen.

Um Inklusion umzusetzen, müssen die Barrieren im Lebensalltag beseitigt werden und alle Menschen die Hilfe erhalten, die sie individuell benötigen. Momentan ist Inklusion noch eine Vision, und sie kann nur verwirklicht werden, wenn sich die Gesellschaft ändert.

Aber je mehr Inklusion gelebt wird, desto eher wird sie auch in den Köpfen der Menschen ankommen.



Foto: Jörg Lange

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe

Nach langer Vorlaufzeit legte die Verwaltung im September dem Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit ein Handlungskonzept für die Bereiche Frühförderung, Schule und Jugend vor.

Nach intensiver Diskussion beschloss der Ausschuss, dieses Konzept als Grundlage zu nehmen, um mit der Umsetzung von Inklusion zu beginnen. Doch alle Mitglieder des Ausschusses waren sich darin einig, dass dieses Papier nur ein Anfang sein kann. Es

muss weiterentwickelt, auf alle Lebensbereiche ausgedehnt und kontinuierlich fortgeschrieben werden.

GRÜNE Forderungen

Unser Antrag „Es ist normal, verschieden zu sein – Wuppertal wird inklusiv“ soll dafür ein Arbeitsauftrag sein. In diesem Antrag fordern die GRÜNEN unter anderem die Einrichtung einer Stabsstelle Inklusionsmanagement, um den hohen Stellenwert des Themas deutlich zu machen. Außerdem gilt es, das Denken in Zuständigkeiten und Ressorts zu überwinden. Auch hier müssen Barrieren abgebaut werden, denn Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe! Selbstverständlich müssen dabei auch VertreterInnen von Politik und Freien Trägern einbezogen werden. Gemeinsam sollten Konzepte für unabhängige Beratungsangebote oder Kampagnen für die Öffentlichkeitsarbeit entwickelt werden. Bei Entscheidungen, die der Rat oder die Verwaltung zu treffen haben, sollte die Relevanz für Inklusion immer mitbedacht werden. Deshalb halten wir GRÜNEN es für sinnvoll, den vor einigen Jahren eingeführten „Demografie-Check“ für Verwaltungsvorlagen durch einen „Inklusions-Check“ zu ersetzen. Und wenn verschiedene Werte oder Güter gegeneinander abzuwägen sind, muss der Inklusion mindestens die gleiche Priorität eingeräumt werden. Es wird viel Zeit brauchen, bis Wuppertal Inklusion lebt – aber eines ist sicher: Alle werden davon profitieren!



GUTEN TAG!

Liebe Leserinnen und Leser,

die Bundestagswahl ist vorbei, die Wahlplakate sind abgehängt und wir haben wieder freie Sicht auf Wuppertal.

Leider hat ein Politikwechsel mit starken GRÜNEN im Bund nicht geklappt. Deshalb hegen wir nach wie vor keine große Hoffnung, dass die Bundesregierung Städte in finanzieller Not – wie Wuppertal – unterstützen wird. Wir setzen also weiterhin auf die von Rot-Grün geführte NRW-Landesregierung und einen starken Bundesrat, in dem SPD und GRÜNE die Mehrheit haben. Die Themen in dieser Zeitung sind der städtische Haushalt, die Mehrkosten des Döppersberg-Umbaus, die Förderung des Radverkehrs, Möglichkeiten der Weiterführung der Schulsozialarbeit und viele andere mehr.

Wir wünschen Ihnen schöne Herbsttage!

Ihr Redaktionsteam

HAUSHALTSPLAN 2014/2015

■ GESTALTEN ODER MANGELVERWALTUNG?

Am 9. September wurde im Rat der Haushaltsplan für die nächsten zwei Jahre von Oberbürgermeister und Stadtdirektor präsentiert. Statt dicker Bücher gibt es inzwischen eine CD.

Sofort sahen sich die GRÜNEN die Umsetzung der Mehrkosten beim Projekt Döppersberg an. Offensicht-

lich sind die 35 Millionen Euro, die der Umbau nun zusätzlich kosten wird, bereits in den Haushaltsplan eingearbeitet. Eine Nachfrage in der „Kommission Döppersberg“ am 12. September ergab, dass die Verwaltung nach Prüfung der Angebote, die auf die Ausschreibung für Mall und Tiefgarage eingegangen waren, Anfang

August die neuen Kosten abgeschätzt hatte. Dieses Teilprojekt hat sich von geplanten 15 Millionen auf 30 Millionen Euro verteuert.

Wir GRÜNEN fanden keine großen Einschränkungen bei sonstigen Baumaßnahmen (Straßen, Brücken, Treppen). Vielmehr hat Dr. Slawig die Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen fortgeschrieben und geht bis 2019 von einer Steigerung um 2 bis 3% pro Jahr aus. So schön das wäre, es ist absolut unrealistisch!

Wirtschaftsexperten wissen um die Wellenbewegungen der Wirtschaft. Im Jahr 2008 gab es eine große Krise mit einem Absturz des Bruttoinlandsprodukts und einem Einbruch bei der Gewerbesteuer. Spätestens 2015 wird der nächste Einbruch kommen. Und dann werden im städtischen Haushalt 30 Millionen Euro oder mehr fehlen.

Mit diesem Vorgehen drückt sich OB Jung vor der notwendigen Ankündigung von Steuererhöhungen (Grundsteuer, Gewerbesteuer). Nach der OB-Wahl im Jahr 2015 werden diese höchstwahrscheinlich kommen. Auch die von OB Jung genannte Zahl

von 25 Millionen Euro für alle Baumaßnahmen fanden die GRÜNEN nicht im alten Haushaltsplan. Dort schwankt die Zahl über die Jahre zwischen 18 und 29 Millionen Euro. Im Haushaltsplan 2014/2015 liegt sie (nach Erhöhung der Ansätze für den Döppersberg) zwischen 20 und 39 Millionen Euro. Es drängt sich der Eindruck auf, dass der OB seinen eigenen Haushalt nicht kennt.

Der Haushaltssanierungsplan sah bisher einen Haushaltsausgleich (keine neuen Schulden) im Jahr 2016 vor. Dieses Ziel hat Dr. Slawig nun auf 2020 verschoben.

Vor der Einbringung des Haushaltsplans hatten sich die Wohlfahrtsverbände gemeldet und eine Erhöhung der Zuschüsse um 3% gefordert. Im Haushaltsplan ist keine Erhöhung enthalten. Es wird nun eine politische Entscheidung sein, hier eine Erhöhung einzufordern.

Für uns als BÜNDNISGRÜNE Fraktion steht eine solide, ehrliche und nachhaltige Haushaltspolitik im Vordergrund. Wir werden auf eine gerechte Verteilung der Lasten achten.



Foto: Jörg Lange

AUS DEM INHALT

Seite 2
Schulsozialarbeit muss erhalten bleiben

Seite 3
Bürgerbeteiligung in Wuppertal

Seite 3
Mehrkosten Döppersberg und B7-Sperrung

Seite 4
Fahrradstadt Wuppertal

Seite 5
Ikea-Ansiedlung in Wuppertal



SCHULSOZIALARBEIT MUSS ERHALTEN BLEIBEN

■ EIN BEITRAG ZUR CHANCENGLEICHHEIT

Noch immer gibt es in unserem Bildungssystem enorme Unterschiede im Bereich der Chancengleichheit: 24 von 100 Kindern aus Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund schaffen den Sprung auf eine Hochschule, bei den Kindern aus Akademiker-Haushalten sind es 71 Prozent.

Diese Zahlen belegen eindrucksvoll die Schwächen unseres Schul- und Bildungssystems. Weil aber Bildung in unserer Gesellschaft der Schlüssel zur persönlichen und beruflichen Entwicklung schlechthin ist, bedarf es massiver Kraftanstrengungen, um die Ungerechtigkeiten, die unser Bildungssystem mit seiner frühen Selektion nach Klasse vier hervorbringt, zu überwinden. Nicht die Herkunft, sondern die eigenen Fähigkeiten sollten der bestimmende Faktor für die Schullaufbahn eines Kindes sein.

Vor diesem Hintergrund hatten sich Bund und Länder im Jahr 2011 im Rahmen der Verhandlungen rund um das Bildungs- und Teilhabepaket darauf verständigt, aus dem Bundeshaushalt zusätzliche Mittel für die Schaffung von Sozialarbeiterstellen an Schulen zur Verfügung zu stel-



Foto: Marc Schulz

len. Schon damals wurde seitens der Länder darauf hingewiesen, dass die durch den Bund vorgenommene zeitliche Befristung des Programms auf insgesamt drei Jahre unzureichend sei. Und auch aus Wuppertal wurde mehrfach der Appell an die Regierung in Berlin gerichtet, dieses Angebot auf Dauer zu gewährleisten, zuletzt in einem durch die GRÜNE Ratsfraktion initiierten Ratsbeschluss im Dezember 2012, der mit großer Mehrheit getrof-

fen wurde (lediglich die FDP, die ja ohnehin als vehementeste Verfechterin eines gegliederten und damit begabungsfeindlichen Systems in Erscheinung tritt, stimmte als einzige Fraktion gegen die Resolution).

In Wuppertal wurden seit Ende 2011 durch dieses Programm 60 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter eingesetzt, die an 52 Schulen, 25 Kindertageseinrichtungen und im Themenkreis Schulverweigerung tätig sind.

In einer Evaluation durch die Uni Wuppertal im Auftrag der Stadt wurde eindrucksvoll nachgewiesen, welche Bedeutung die Sozialarbeit mittlerweile an den Schulen einnimmt und welche Wertschätzung sie genießt. Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sind Anlaufstelle und Gesprächspartner für Kinder, Eltern und Lehrkräfte bei Problemen in der Schule, aber auch darüber hinaus. Sie vermitteln weitergehende Hilfen und schlagen Brücken zwischen der Schule und Einrichtungen im Stadtteil. Der Aufbau dieser Netzwerke und die Schaffung von Vertrauen bei den am Schulleben Beteiligten hat viel Zeit in Anspruch genommen. Ein abruptes Ende der Arbeit wäre eine Katastrophe und darf daher nicht widerspruchsflos hingenommen werden.

Die Demonstration am 18.09. in Elberfeld, bei der über 2.000 Menschen ihre Unterstützung für die Schulsozialarbeit bekundeten, war ein starkes Signal.

Bis zum 31.12.2013 bleibt noch Zeit, um eine unbefristete Fortführung des Programms zu bewirken. Es bleibt zu hoffen, dass sich in Berlin die Vernunft durchsetzt.

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal

Tel. 0202. 563. 6204
Fax: 0202. 59 64 88
E-Mail: fraktion@gruene-wuppertal.de
www.gruene-wuppertal.de

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:
Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.),
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,
Cornelia Krieger, Anja Liebert, Klaus Lüdemann, Ilona Schäfer, Paul Yves Ramette,
Marc Schulz, Gerta Siller

Gastbeiträge und Kommentare:
Hermann Ott MdB, ehemaliger klimapolitischer Sprecher der GRÜNEN Bundestagsfraktion

Sascha Schäfner, Sprecher der GRÜNEN Jugend Wuppertal

Satz und Gestaltung:
werkmarie, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Druck:
talevent UG, Friedrich-Ebert-Str. 143e,
42117 Wuppertal

Auflage: 15.000

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im
ADA, Wiesenstraße; AIDS-Hilfe e.V.,
Simonsstraße 36; AStA, Berg. Universität;
Behindert - na und?, Arrenberg'sche Höfe 4;
Café Moritz, Höhe 22; Cinema,
Berliner Straße; Die Färberei, Stennert 8;
Katzengold, Untergrünwaldstraße 3;
Nachbarschaftsheim, Platz der Republik;
Spunk, Flensburger Straße 38;
bioSophie, Sophienstr. 26

Die Abgabe ist kostenlos!

BUNDESTAGSWAHL 2013

■ KEIN GUTER TAG FÜR FRAUEN IN DEUTSCHLAND

Jetzt steht es fest: 630 Menschen bilden den nächsten deutschen Bundestag. 255 von ihnen werden Frauen sein, das ergibt einen Frauenanteil von rund 40%. Auf den ersten Blick scheint das eine Verbesserung zu sein, denn im letzten Bundestag waren es lediglich 32,9%. Doch der Schein trügt, denn wenn man genauer hinsieht, kommt die Ernüchterung.

Das Gesamtergebnis sieht besser aus, weil zum einen die FDP (mit zum Teil reinen Männerlisten) nicht mehr in den Bundestag einzieht, und zum anderen die LINKEN und die GRÜNEN einen hohen Frauenanteil haben. Beide Fraktionen bestehen zu etwa 55% aus Frauen. Und bei der SPD sind es immerhin rund 42%.

Aus diesem Grund fällt es zunächst gar nicht auf, dass die Fraktion von Frau Merkel lediglich zu einem Viertel weiblich ist. Die bayrische Schwesterpartei CSU unterbietet selbst das noch. Hier beträgt der Frauenanteil gerade einmal 16%.

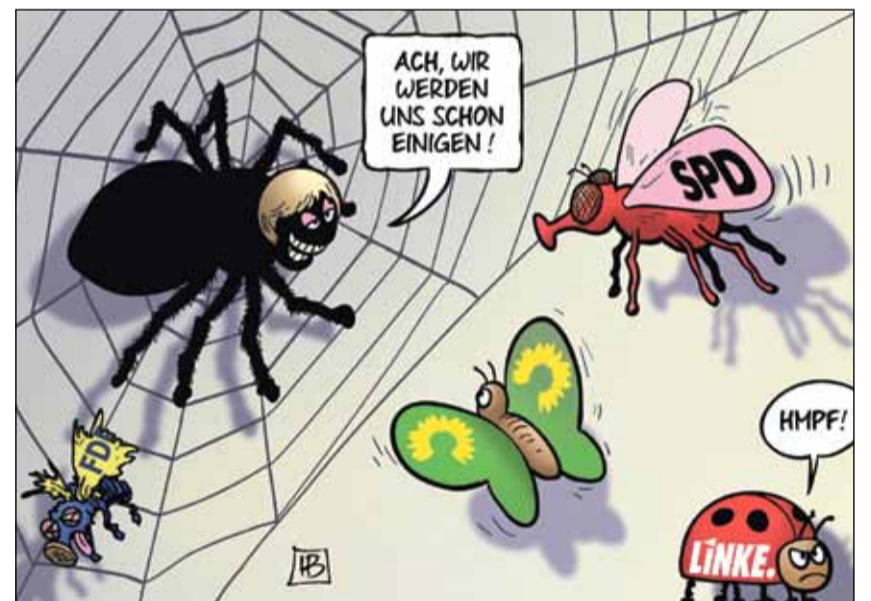
Wen wundert es da, dass die Bundesregierung von Frau Merkel noch im Sommer dieses Jahres auf eine Anfrage der GRÜNEN einräumen musste, dass in den Ministerien des Bundes und den dazugehörigen Behörden der durchschnittliche Frauenanteil auf Leitungs- und Abteilungsleitungsebene nur 18,5% beträgt. Im Verkehrsministerium von Herrn Ramsauer (CSU) waren es sogar nur 7%.

Im Wuppertaler Rathaus sieht es leider auch nicht gut aus. Sowohl der Ober-

bürgermeister- als auch alle Dezentralenposten sind komplett in Männerhand. Daher sollten Frauen auch keine allzu großen Hoffnungen in „ihre Regierungen“ in Wuppertal und Berlin setzen.

Jetzt wird sich auf Bundesebene zeigen, inwieweit die Kanzlerin und die Herren der CDU ihre Zusagen einhalten werden, dass eine Quote im Koalitionsvertrag verankert werden soll. Wird sich wieder einmal bewahrheiten, dass Papier geduldig ist? Wird die Quote „nur“ für die Wirtschaft gelten? Oder wird die Kanzlerin ganz einfach darüber hinweglächeln?

Es ist – und wir GRÜNEN befürchten, es bleibt – ein Trauerspiel.



Cartoon: Harm Bengen

GASTKOMMENTAR NACH DER WAHL: KLIMASCHUTZ UND ENERGIEWENDE NACH VORN!

■ ZUR BUNDESTAGSWAHL VON DR. HERMANN E. OTT, BISHER GRÜNER BUNDESTAGSABGEORDNETER FÜR WUPPERTAL

Diese Wahl war für uns GRÜNE ein herbes Debakel – nach dem Höhenflug von 2009 sind wir nun wieder auf dem Stand einer Kleinpartei mit etwas über acht Prozent. Dieser Absturz hat auch für mich schmerzhaft Folgen: Dem nächsten Bundestag werde ich nicht mehr angehören. Ich hatte für mich eine positive Bilanz der letzten vier Jahre gezogen, denn ich konnte bei Klimaschutz und Wachstumsthema wichtige neue inhaltliche Impulse setzen. Und ich habe in Wuppertal und darüber hinaus mit der Initiierung des Kongresses „hundertprozentig. ERNEUERBAR“ und der „Bergischen Erklärung“ für die 100% Erneuerbare Energie Region Bergisches Land mitgeholfen, unsere Region zukunftsfester zu gestalten.



Foto: Privat

Neben einer Reihe anderer Faktoren (der Trend war gegen unsere Themen – und einer unter die Gürtel-

nie zielenden Kampagne hatten wir nichts entgegensetzen) haben wir GRÜNEN auch selber viele Fehler gemacht. Der größte war vielleicht, dass wir unsere Kernkompetenzen in den Bereichen Umweltschutz, Klimaschutz und Energiewende viel zu wenig in den Vordergrund geschoben haben. Da ging es uns wie dem Zehnkämpfer, der zwar seine schwachen Disziplinen aufpöppelt, aber seine starken vernachlässigt: Er kann keine Punkte machen. Für viele Wählerinnen und Wähler waren unsere Kernkompetenzen nicht mehr deutlich sichtbar. Als Konsequenz wird das Thema Klimaschutz bei der nächsten Bundesregierung kaum eine Rolle spielen.

Keine Frage: Ich werde nun wieder außerhalb des Bundestages – als Wis-

senschaftler, aber auch als GRÜNER Politiker – für Klimaschutz und Energiewende arbeiten, in Wuppertal, in Deutschland und international. Neuere Erkenntnisse und auch der jetzt verabschiedete Bericht des Weltklimarats (IPCC) machen deutlich, dass der Klimawandel keine Pause einlegt. Ohne schnelle und effektive Maßnahmen gegen die Erderwärmung wird der Klimawandel nicht aufzuhalten sein. Dies wird insbesondere für nachfolgende Generationen dramatische Konsequenzen haben. Die globalen Verteilungskämpfe um Energie, um Land und um natürliche Ressourcen werden zunehmen – vor allem in den sogenannten Entwicklungsländern. Für mich gilt deshalb bei allem (politischem) Handeln die GRÜNE

Maxime: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geliehen. Also müssen wir unsere Entscheidungen immer daran messen, welche Erde wir unseren Kindern hinterlassen. Ich danke allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern in meinem Wahlkreisbüro, in der GRÜNEN Ratsfraktion und im gesamten Kreisverband, die mich in den letzten Jahren so engagiert und kompetent begleitet haben. Danke an alle, die mir für meine Arbeit ihre Stimme gegeben haben. Es hat diesmal leider nicht gereicht. Doch wie sagte mein Großvater aus dem Westfälischen: „We anhölt, de winnt. We sick giff, de heff verlor.“ Wer durchhält, gewinnt. Wer aufhört zu kämpfen, hat schon verloren. In diesem Sinne: Nach der Wahl ist vor der Wahl!

GASTKOMMENTAR: WUPPERTAL SETZT ERNEUT ZEICHEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

■ VON SASCHA CARSTEN SCHÄFNER, MITGLIED DER GRÜNEN JUGEND

Wir Wuppertalerinnen und Wuppertaler können stolz darauf sein, erneut ein starkes Zeichen gegen Rechtsextremisten und ihre hasserfüllte Ideologie gesetzt zu haben.

Mit großem Engagement begegneten über 1000 WuppertalerInnen dem Aufmarsch von Rechten in Wuppertal am 21. September. Was als bundesweite Abschlusskundgebung der neofaschistischen Partei „Die Rechte“ angekündigt war, stellte sich als Zusammentreffen von Mitgliedern verbotener Kameradschaften und einschlägig Vorbestrafter aus der Region heraus. So kamen trotz bundesweiter und monatelanger Mobilisierung lediglich 140 Neonazis zur groß propagier-

ten „Schlacht von Wuppertal“.

Die Hoffnung vieler WuppertalerInnen, dass der Aufmarsch wegen des martialischen Aufrufs und des Mobilisierungslieds „Tränengasdusche“ verboten werden würde, wurde enttäuscht. Nach Aussage der Polizeipräsidentin sei man nach eingehender Prüfung zu dem Schluss gekommen, dass es für ein Verbot nicht reiche. Dies sorgte bei vielen WuppertalerInnen für Irritationen und nahm ihnen auch ein Stück weit das Vertrauen in die Polizei und deren „hellwachen“ Kampf gegen Rechtsextremismus in Wuppertal. Den Rechten wurde lediglich ihre Wunschroute verweigert. Statt vom Hauptbahnhof über die Morianstraße und die Gathe



Foto: Mathias Kehren

hinauf zur Moschee und dem Autonomen Zentrum durften sie durch Barmen marschieren. Der neue, von der Polizei verordnete Demonstrationsweg zeugte nicht gerade von Feingefühl, führte er doch mitten durch Wohngebiete und ein griechisches Viertel, was die Extremisten natürlich freute.

Das massive Polizeiaufgebot sowie die beiden Wasserwerfer wurden von vielen Gegendemonstranten als Drohgebärden aufgefasst und ließen eine gewisse Erwartungshaltung bei der Polizei vermuten. So kam es auch zu vereinzelt Einsätzen von Schlagstöcken und Pfefferspray, die selbstverständlich kritisch aufgearbeitet werden müssen.

UMBAU DES HAUPTBAHNHOFS

■ REISEZENTRUM NUR TEILWEISE BEHINDERTENGERECHT

Im Juni überraschte die Deutsche Bahn ihre Kunden mit der Schließung des Reisezentrums im Hauptbahnhof. Wenige Tage später stand vor dem Bahnhofsgelände ein Kleintransporter, der als mobiles Reisezentrum dienen sollte. Vor diesem bildeten sich schnell lange Schlangen von Auskunftsuchenden.

Ende August wurden westlich des Bahnhofsgeländes an Gleis 1 Container aufgestellt. Zunächst war zu befürchten, dass behinderte Menschen den Weg zum Reisezentrum im Container nicht eigenständig würden bewälti-

gen können. Dann ließ die Bahn doch noch eine Rampe anbauen. Allerdings müssen RollstuhlfahrerInnen und Gehbehinderte den Weg durch eine Stahltür nehmen, der Haupteingang mit Glastüren bleibt für sie unerreichbar. Sehr befremdlich ist jedoch, dass die Deutsche Bahn ein Jahr dafür benötigte, eine Ersatzlösung für das Reisezentrum zu finden. Denn schon im Sommer 2012 war allseits bekannt, dass das Reisezentrum wegen der Bauarbeiten am Döppersberg für mehrere Jahre auf einen anderen Standort ausweichen muss.



Foto: Klaus Lüdemann

BÜRGERBETEILIGUNG IN WUPPERTAL

■ NUR EIN HÜBSCHES ACCESSOIRE?

Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen ist ein wichtiges Instrument, um wieder mehr Akzeptanz politischer Beschlüsse zu erreichen, mögliche Konflikte frühzeitig zu vermeiden und die Kompetenzen der Menschen abzurufen und zu nutzen.

Deshalb kann Bürgerbeteiligung eigentlich niemals falsch sein. Trotzdem scheitert die Stadt Wuppertal immer wieder daran, eine breite Resonanz für ihre Angebote zu erreichen. So ist insbesondere das derzeit noch laufende Verfahren zur Beteiligung der Wuppertalerinnen und Wuppertaler an der städtischen Haushaltsplanung ein Beispiel dafür, wie Partizipation misslingen kann. Schon in der ersten Phase, in der eigene Vorschläge eingebracht wurden, gab es massive Kritik an der mangelhaften Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt. Erst als in den Wuppertaler Medien über die schlechte Resonanz

berichtet wurde, gab es eine erkennbare Zunahme des Interesses. Auch der Umgang mit den eingereichten Bürgervorschlägen führte verständlicherweise zu Unmut.

So gab es zwar zu einzelnen Punkten in den Online-Foren lebhaftere Diskussionen, der Politik wurde aber nur eine Übersicht der Ideen sowie eine Beurteilung der Vorschläge durch die Verwaltung vorgelegt, die jedoch nicht unbedingt überzeugen können. Der Vorschlag, in der kommunalen Verkehrspolitik zukünftig verstärkt auf den ÖPNV zu setzen (immerhin auf Platz 3!), wird in der Stellungnahme der Verwaltung als „sicherlich wünschenswert“, aber nicht realisierbar gewertet. Zum weiteren Vorgehen heißt es dann hingegen: „Der Vorschlag wird – wie in der Stellungnahme aufgeführt – umgesetzt“. Wie sollen sich Bürgerinnen und Bürger dabei ernst genommen fühlen?

Wir GRÜNEN setzen uns für Bürgerbeteiligung ein. Aber sie muss von

den Entscheidungsträgern auch wirklich gewollt sein. Partizipation, die nur der eigenen Imagepflege dient, muss scheitern und wird den Graben zwischen Bevölkerung und VolksvertreterInnen noch weiter aufreißen. Sie darf nicht nur als Aushängeschild verstanden werden, sondern muss zum Eckpfeiler einer offenen und transparenten Politik und Verwaltung werden. Dafür brauchen wir in Wuppertal endlich einen Kulturwandel im Rat und in den Amtsstuben.

Wir GRÜNEN werden uns im Rahmen der Haushaltsberatungen intensiv mit den gemachten Vorschlägen auseinandersetzen und dafür sorgen, dass keine der 50 Anregungen unter den Teppich gekehrt wird.



MEHRKOSTEN DÖPPERSBERG UND B7-SPERRUNG

■ SALAMITAKTIK AM DÖPPERSBERG

Der Paukenschlag kam am 4. September: Der Döppersberg-Umbau wird mindestens 35 Millionen Euro mehr kosten. 2007 waren Baukosten in Höhe von 105 Millionen Euro ermittelt worden. Dieser Betrag wurde gedeckelt, es sollte nicht teurer werden dürfen.

Gebetsmühlenartig hatten OB Jung und Kämmerer Dr. Slawig seitdem wiederholt, der Etat werde nicht erhöht. Mehrkosten müssten durch Kürzungen an anderer Stelle im Projekt ausgeglichen werden. Allerdings gibt es da nicht viel zu streichen. Lediglich der geplante Wuppergarten an der Stelle des heutigen Busbahnhofs (Kosten: 5 Millionen Euro) könnte entfallen. Das wäre jedoch ganz und gar nicht im Sinne der BÜNDNISGRÜNEN Ratsfraktion, denn der Fluss gehört zu dieser Stadt und soll erlebbar sein.

Wie setzt sich die enorme Preissteigerung für den neuen Döppersberg zusammen? Nach Prüfung der Angebote, die auf die Ausschreibung für die Mall und Tiefgarage eingegangen waren, hat sich Anfang August dieses Teilprojekt von geplanten 15 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 30 Millio-

nen Euro verteuert.

Aufgrund dieser Steigerung berechnete die Verwaltung auch die noch folgenden Teilprojekte neu und kam auf eine Gesamtkostensteigerung von 15,8 Millionen Euro. Dazu kommen 9,5 Millionen aus Fehlern des Generalplaners JSWD (die Firma bestreitet hierfür die Verantwortung) und 9,6 Millionen für zukünftige Risiken.

Am 18.11. soll der Rat die neu berechneten Baukosten beschließen.

Wir GRÜNEN stehen zu dem Projekt Döppersberg. Allerdings haben wir immer mehr Zweifel daran, dass die Stadtspitze diesem Großprojekt gewachsen ist. Die nächste Kostensteigerung ist absehbar. Damit sich die Bauzeit nicht um Jahre verlängert, wollen OB Jung und die Fraktionen von CDU und SPD eine Vollsperrung der B7 zwischen der Kreuzung Döppersberg und der Einmündung der Kasinostraße für zwei Jahre. Bisher ist noch zu wenig über die Details bekannt, aber wir GRÜNEN werden das Konzept sorgfältig prüfen. Es ist zum Beispiel völlig offen, wie der Verkehr in West-Ost-Richtung fließen soll.



Foto: Mathias Kehren

FAHRRADSTADT WUPPERTAL

■ RADVERKEHR BEKOMMT RÜCKENWIND

Haben Sie auch schon einmal das Vergnügen gehabt, mit dem Fahrrad über die Nordbahntrasse zu radeln? Vielleicht nutzen Sie Ihr Rad auch schon regelmäßig auf dem Weg zur Arbeit oder in der Freizeit? Vom Loh bis nach Vohwinkel ist die Trasse jetzt auf mehr als 9 km inklusive der Tunnel Engelnberg, Dorrenberg und Dorp freigegeben – zum Radeln, Inlineskaten oder Spaziergehen. Plötzlich macht Radfahren in Wuppertal – der Stadt, die bisher als nicht gerade fahrradfreundlich galt – Spaß.

Das Dankeschön an die Wuppertal-Bewegung mit ihren vielen unermüdeten Helferinnen und Helfern kann gar nicht groß genug ausfallen, ebenso an die Stadt Wuppertal, die das Projekt trotz leerer Kassen nach Kräften unterstützt.

Neben der Nordbahntrasse und der Sambatrass laden die Niederbergbahntrasse über Wülfrath nach Essen oder die Balkantrasse von Remscheid-Lennep nach Burscheid dazu ein, bequem auf zwei Rädern oder Beinen unterwegs zu sein.

Doch wie sieht es jenseits der Trassenradwege aus, wie gut sind sie per Rad erreichbar? Wer auf den Trassen radelt, möchte das Rad auch öfters für Fahrten in der Innenstadt nutzen. Das Radwegenetz ist jedoch noch nicht gut genug ausgebaut. An vielen Stellen fehlen sichere Radwege, beispielsweise eine durchgehende Radverbindung auf der Talachse. Die Lücke zwischen Loher Straße und Alten



Foto: Mathias Kehren

Markt ist noch immer nicht geschlossen, seit mehr als 20 Jahren werden die RadfahrerInnen verärgert. Die Eröffnung der Junior Uni am Brögel lässt nun auf einen Lückenschluss hoffen. In den politischen Gremien weht derzeit ein fahrradfreundlicher Wind. Im Verkehrsausschuss wurde die von der Verwaltung geplante Öffnung von 44 Einbahnstraßen für den Radverkehr in gegenläufiger Richtung positiv aufgenommen. Dies wird nur der Anfang sein, denn nach Änderung der Straßenverkehrsordnung müssen alle

geeigneten Einbahnstraßen geöffnet werden.

Das Wuppertal Institut hat sich mit dem Radverkehr in Wuppertal beschäftigt und das Projekt „Fahrradstadt Wuppertal“ (<http://wupperinst.org>) ins Leben gerufen. Unter Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen und Einzelpersonen wurde untersucht, wie unsere Stadt für RadfahrerInnen attraktiver gestaltet werden kann. Eines der Ergebnisse war die Idee, Schleichwege zu kennzeichnen, die RadlerInnen alternative, ver-

kehrsame und sichere Routen bieten. Für diese Projektidee erhielt die Stadt Wuppertal sogar den 2. Preis beim diesjährigen Radverkehrskongress in Münster. Jetzt gilt es, einen Stadtplan der Fahrradschleichwege zu entwickeln. Die Aussage „In Wuppertal kann man ja gar nicht Fahrrad fahren“ stimmt schon längst nicht mehr. In Zeiten von Pedelecs und E-Bikes ist es nicht mehr weit zur klimafreundlichen Fahrradstadt Wuppertal. Probieren Sie es doch auch einmal aus, ob mit oder ohne Rückenwind!

Fraktionssitzung auf zwei Rädern
Woche der Mobilität: Die GRÜNEN radeln über die Nordbahntrasse

Anlässlich der Europäischen Woche der Mobilität mit dem diesjährigen Motto „Saubere Luft – Sie sind am Zug“ unternahm die Ratsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Radtour über die Nordbahntrasse. Kein Ort in Wuppertal ist besser geeignet als die Nordbahntrasse, um für den Radverkehr zu werben. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich das bis jetzt freigegebene Trassenteilstück genauer angesehen und wurde von Rainer Widmann, dem städtischen Projektleiter, über den Stand der Bauarbeiten informiert. Die Arbeiten an der Trasse kommen gut voran, die LED-Beleuchtung konnte über eine längere Strecke installiert werden als ursprünglich geplant und die Finanzierung ist gesichert. Natürlich wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Ausbau zügiger umgesetzt worden wäre, jedoch ist der jetzige Stand schon ein großer Gewinn für die WuppertalerInnen. Die Nutzung der Trasse bringt nicht nur Spaß und Freude, sondern fördert die Luftreinhaltung, Lärminderung und den Klimaschutz. Und im nächsten Jahr wird die Trasse durchgängig befahrbar sein: von Vohwinkel mit Anschluss an die Korkenziehertrasse bis nach Sprockhövel mit Anschluss zur Trasse nach Hattingen durch den Tunnel Schee. Wir freuen uns darauf!

WOHIN MIT DEN REISEBUSSEN?

■ ALTERNATIVEN FÜR HALTESTELLEN GESUCHT

Viele Menschen fahren mit Reisebussen in den Urlaub, machen Tagesfahrten und Kurzreisen. In Wuppertal müssen deshalb gut erreichbare Haltestellen geschaffen werden, die ein sicheres Ein- und Aussteigen gewährleisten. Gleichzeitig muss das Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner rund um diese Haltestellen berücksichtigt werden, da Reisebusse auch spätabends, nachts und früh am Morgen die Haltestellen anfahren.

Eine Reisebus-Haltestelle wurde bereits vor zwei Jahren vom Hauptbahnhof an den Neunteich verlegt. Dort kam es zu Beschwerden der Anwohnerinnen und Anwohner: Laufende Motoren, Stimmengewirr, Geräusche beim Be- und Entladen störten die Nachtruhe empfindlich. Aus diesem Grund wurde die Haltestelle erneut verlegt, zum „Wunderbau“ gegenüber dem Schauspielhaus, wo sich zugleich die Endhaltestelle einiger Linien der Stadtwerke befindet. Aber auch dort läuft nicht alles problemlos.

In Barmen regt sich ebenfalls Unmut. Seit der Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes halten die Reisebusse nur in Oberbarmen, ein Halt in Barmen ist aber erwünscht. Ein Standort direkt am Barmer Bahnhof wäre ideal, doch die Wuppertaler Stadtwerke (WSW) benötigen die Halteplätze für einige Buslinien, die dort ihre Endhaltestelle haben, und natürlich für den laufenden Betrieb.

Immer wieder wurde über Alternativen nachgedacht, zum Beispiel an der Adlerbrücke. Jetzt ist der Vorschlag in der Diskussion, die Reisebusse in

der Ibachstraße (einer kleinen Verbindungsstraße zwischen der B7 und dem Barmer Bahnhof) halten zu lassen. Auch hier sind nächtliche Lärmbelästigungen für die Anwohner zu befürchten.

Auf eine GRÜNE Anfrage im Verkehrsausschuss zu diesem Thema bestätigte die Verwaltung, dass der Standort nur eine „ausreichende“ Qualität habe und nicht als Ideallösung gelte. Auf Anregung der Bezirksvertretung unterstützen die GRÜNEN den Vorschlag, Reisebusse nur tagsüber in der Ibachstraße halten zu lassen, in den Abend- und Nachtstunden aber am Barmer Bahnhof, da zu diesen Zeiten nicht übermäßig viele WSW-Busse unterwegs sind. Die GRÜNE Fraktion befürwortet die Schaffung von neuen Haltestellen für Reisebusse, allerdings darf das Ruhebedürfnis der Anwohnerinnen und Anwohner nicht aus den Augen verloren werden, und darüber hinaus muss der reibungslose Ablauf des Busverkehrs der WSW gewährleistet sein.

Seit Anfang 2013 gibt es zudem einen neuen Trend: Fernbusse, mit denen man zum Beispiel von Wuppertal direkt an die Nordsee oder nach Berlin reisen kann. Während der Umbauphase der Schwebbahn am Berliner Platz wurde auch der Rittershauser Platz (neben der Wagenhalle) als Busbahnhof genutzt – vielleicht können hier demnächst die Fernbusse planmäßig halten.

Die Verwaltung möchte bis November einen Plan vorlegen, der eine langfristige Lösung für FernbusHaltestellen bringt. Wir sind gespannt.

KULTUR IN WUPPERTAL

■ GÖTTERDÄMMERUNG ODER DREIGROSCHENOPER?



Foto: Mathias Kehren

Die erste Aufregung hat Toshiyuki Kamioka, der Leiter des Sinfonieorchesters Wuppertal und zukünftige Operntendant, bereits hinter sich – und das, noch bevor er überhaupt sein Amt als Opernchef angetreten hat.

Seine Ankündigung, dass die Arbeitsverträge der 12 Solistinnen und Solisten sowie des gesamten künstlerischen Personals inklusive der Dramaturgen, Inspizienten und der beiden Theaterpädagogen nicht verlängert werden, hat in der Kulturlandschaft Wuppertals für große Unruhe gesorgt. Eine Oper braucht ein festes Ensemble mit bekannten Gesichtern oder Idolen, die das Publikum gerne in verschiedenen Aufführungen wieder sieht. Bei dem im Durchschnitt eher älteren

Opernpublikum stieß auch der Plan, die beiden Theaterpädagogen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu übernehmen, auf heftigen Widerstand. Hinter dem Kurs von Herrn Kamioka steht der Aufsichtsratsvorsitzende Oberbürgermeister Peter Jung, der den Opernchef mit unbegrenztem Freiraum ausgestattet hat. Selbst angesichts des großen öffentlichen Drucks und der geharnischten Kritik während der Sommerferien ruderte die Kulturverwaltung erst sehr spät zurück – das Thema wurde im letzten Kulturausschuss am 11. September diskutiert. Nachdem wochenlang keine Richtigstellung erfolgte, wird jetzt alles auf das Sommerloch geschoben, das zu „Missverständnissen“ geführt habe. Nun spricht man nur noch davon, dass

in den nächsten Wochen die Zahl der künstlerischen Beschäftigten festgelegt werde. Auch ist die Rede davon, dass es Teilspielzeitverträge und produktbezogene Gäste geben wird. In welchem Umfang dies geschehen wird, das wird die Öffentlichkeit erst im Frühjahr 2014 erfahren, wenn der künstlerische Leiter und der Oberbürgermeister das Ergebnis bekannt machen werden.

Somit liegt die Verantwortung für die Zukunft der Wuppertaler Oper unmittelbar bei diesen beiden Personen. Denn eines ist klar: Seit der Kündigung der Zusammenarbeit mit dem Theater Gelsenkirchen im Jahr 2001 durch eine Mehrheit von CDU und FDP unter dem damaligen kulturpolitischen Sprecher der CDU und heutigen Oberbürgermeister Peter Jung im Stadtrat sind die Wuppertaler Bühnen unterfinanziert.

Daran hat der Oberbürgermeister bis heute nichts geändert, und genau aus diesem Grund ist das Schauspielhaus bereits das Opfer von Sparmaßnahmen geworden. Wie es mit dem radikal verkleinerten Personalstamm des Schauspiel im Kleinen Haus in Zukunft weitergeht, wird sich noch zeigen müssen.

Sicher ist, dass die kulturelle Unruhe bestehen bleiben wird, bis die neuen Personalpläne der Oper bekannt werden. Auch wird der Erfolgsdruck für Opernchef Kamioka und Oberbürgermeister Peter Jung steigen. Jung muss zeigen, dass seine unterfinanzierten Wuppertaler Bühnen ohne Zuhilfenahme eines externen Partners eine Zukunft haben.

IKEA-ANSIEDLUNG IN WUPPERTAL

■ MÖBELHAUS JA, HOMEPARK NEIN

Die Bezirksregierung Düsseldorf wird voraussichtlich die Flächennutzungsplanänderung und somit die Ansiedlung des geplanten IKEA-Homeparks im Norden von Wuppertal untersagen.

Gründe dafür sind hauptsächlich, dass am Stadtrand mit Ansiedlung von IKEA Möbelhaus und Fachmarktzentrum auf einer zu großen Fläche zu viele Waren verkauft werden sollen, die auch in den umliegenden Stadtzentren angeboten werden.

Dies widerspricht den Zielen des Landesentwicklungsplans, der im Landtag im Juli 2013 von SPD, GRÜNEN und CDU beschlossen wurde.

Darin wird ausdrücklich festgelegt, die Innenstädte zu schützen und zu stärken. Die Bezirksregierung kritisiert, dass im Einzelhandelsgutachten methodische Fehler enthalten sind und die vermeintlich geringen Auswirkungen beispielsweise auf die Barmer und Elberfelder Einkaufszonen nicht plausibel sind.

Ein weiteres Problem ist das erhöhte Verkehrsaufkommen und die dadurch verursachten Lärmbelastungen, die



Foto: Jörg Lange

bei den Planungen nicht berücksichtigt wurden. Ferner gibt es keine plausiblen und nachvollziehbaren Lösungen

für die drohenden Überlastungen der Straßen und der Autobahnanschlüsse. Damit wird klar, dass der IKEA-Home-

park vorerst gescheitert ist. Nicht das Möbelhaus selbst ist das Problem, sondern die geplanten zusätzlichen Einzel-

handelsflächen mit zentrenrelevanten Sortimenten. Wir GRÜNEN finden es schade, dass die große Kooperation aus CDU und SPD in Wuppertal verbissen an dem Konzept festhält und dadurch entweder dem Einzelhandel schadet oder die notwendige Ansiedlung eines Möbelhauses in Wuppertal verhindert.

Den Schwarzen Peter der Regierungspräsidentin in Düsseldorf zuzuschieben, lenkt von den eigentlichen Gründen ab. Ganz klar ist:

Die GRÜNEN sind für einen Möbelmarkt in Wuppertal, ein Einkaufszentrum am Stadtrand lehnen wir ab. IKEA als Möbelmarkt anzusiedeln halten wir für unproblematisch. Die Ablehnung des Homeparks vor dem Hintergrund des parteiübergreifenden Konsenses auf Landesebene zum sachlichen Teilplan großflächiger Einzelhandel ist eigentlich selbstverständlich und folgerichtig. Nicht die Landesregierung oder die Bezirksregierung tricksen, wie die CDU suggeriert, sondern die Stadt Wuppertal versucht mit allen Mitteln, ein innenstadtschädliches Konzept irgendwie passend zu machen.

BAUEN GEGEN JEDE VERNUNFT

■ HOLLÄNDISCHE HEIDE WIRD NEUBAUGEBIET

Ein wunderbarer Ort: eine große, grüne Wiese mit verlassener Hofschaf und altem Baumbestand, ein kleiner Wald am nördlichen Rand, in dem sich Wild verstecken kann, hohe Hecken, die Schutz für seltene Vögel bieten, vielleicht eine Quelle, zwei Bachläufe, über die frischer Wind weht, der auch die weitere Umgebung erfrischt.

Gegen eine Bebauung mit Rücksicht auf Natur und Umwelt hätte niemand etwas einzuwenden gehabt, auch nicht die GRÜNEN. Keiner war jedoch darauf gefasst, dass es sich laut neuem Bebauungsplan um 45 Häuser mit insgesamt 72 Wohneinheiten handeln sollte. Dadurch muss mit einem zusätzlichen Verkehrsaufkommen von schätzungsweise 120 PKW gerechnet werden.

Weitere Verschlechterungen sowie die Widersprüche und Fehler im Bearbeitungsverfahren wurden durch die Umweltschutzverbände und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angeprangert: Das Wäldchen soll nicht im Ist-Zustand erhalten bleiben, sondern der derzeitige Waldsaum soll den Privatgrundstücken zugerechnet werden und wäre damit forstrechtlich nicht geschützt. Das Grundwasser soll direkt ins Kanalsystem geleitet werden, die Eintrocknung der beiden Bachläufe nimmt man in Kauf. Der Boden wurde nicht auf das Vorhandensein einer Quelle untersucht. Der Artenschutz wurde vernachlässigt, Vorschriften wurden nicht eingehalten. Diese Liste könnte auf mehr als acht Punkte erweitert werden. Die Anliegen und Bedenken der Anwohner

wurden von der Verwaltung in keinerlei Hinsicht berücksichtigt.

Immerhin erreichten die GRÜNEN am 19.01.2012 in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg, dass der einstimmige Beschluss gefasst wurde, eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Mit der Mehrheit von GRÜNEN, Linken, FDP und WfW lehnte die BV den aktuellen Bebauungsplan im September 2013 ab.

Im Stadtentwicklungsausschuss am 18.09.2013 ignorierten SPD und CDU jedoch die Einwände und sprachen sich für den Bebauungsplan aus. Im Stadtrat wurde am 30.09.2013 genau wie im Fachausschuss abgestimmt, dass hatten wir schon im Vorfeld erwartet: eine sture Entscheidung gegen jede Vernunft.



Cornelia Krieger, Fraktionssprecherin der GRÜNEN in der Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg, Foto: Mathias Kehren



Mit DIR wird's was:
Jetzt Mitglied werden!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
KREISVERBAND WUPPERTAL

www.gruene-kvwuppertal.de
Friedrich-Ebert-Str. 76
Telefon: 0202 / 87811

ANZEIGE

LÄRMAKTIONSPLAN WUPPERTAL

■ WAS HILFT GEGEN LÄRM?

Wenn Menschen häufig starkem Lärm ausgesetzt sind, wirkt sich das negativ auf ihre Gesundheit aus. Studien haben längst bewiesen, dass besonders nächtlicher Lärm, der den Schlaf stört, zu Herz-Kreislauf-Erkrankungen führt. Deshalb gibt es seit 2002 die EU-Umgebungslärm-Richtlinie.

Danach sind alle Kommunen verpflichtet, eine Lärmkartierung und eine Lärmaktionsplanung durchzuführen. Mit der Kartierung sollen die Gebiete erfasst werden, die am stärksten belastet sind. Der Aktionsplan soll Maßnahmen aufzeigen, durch die diese Belastungen reduziert werden können. Die Stadt Wuppertal hat im Jahr 2007 eine Lärmkartierung durchgeführt. Als Hauptverursacher des Lärms wurde dabei der Verkehr identifiziert. An stark befahrenen Straßen und entlang der Eisenbahnstrecken wurden die höchsten Lärmpegel festgestellt.

Als gesundheitlich bedenklich gelten Pegel von 70 dBA am Tag und 60 dBA in der Nacht. Von solchen Pegeln sind in Wuppertal rund 20.000 Menschen betroffen.

Maßnahmen sind nur begrenzt umsetzbar

Am effektivsten sind natürlich Maßnahmen, die am Entstehungsort ansetzen. Passiver Lärmschutz, zum Beispiel schalldichte Fenster, ist zwar auch sinnvoll, bekämpft allerdings nur die Symptome, nicht die Ursachen. Eine wirksame Maßnahme, um Lärm an der Quelle zu reduzieren, ist ein Fahrbahnbelag mit offenporigem Asphalt. Doch dieser ist sehr teuer und kommt deshalb in Wuppertal nur selten zum Einsatz. Eine kostengünstige Alternative wäre die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen.

Würde beispielsweise auch auf Hauptstraßen nachts Tempo 30 gelten,

könnte das für viele Menschen eine erhebliche Entlastung bedeuten. An manchen Stellen würde es aber auch schon genügen, die Asphaltdecke komplett zu erneuern, statt nur Schlaglöcher zu stopfen.

Die geplanten Maßnahmen sollen zunächst in den am stärksten betroffenen Gebieten umgesetzt werden. Dort gibt es oft auch Synergien mit der Luftreinhaltung. Anders als bei Maßnahmen zur Luftreinhaltung besteht jedoch keine gesetzliche Verpflichtung, Lärmschutzmaßnahmen umzusetzen. Und was den Schienenlärm betrifft, ist die Stadt nicht zuständig, sondern kann lediglich Einfluss auf die Deutsche Bahn nehmen.

Allerdings kann jeder Einwohner und jede Einwohnerin im privaten Bereich schon einmal mit der Lärminderung beginnen: Es könnte ein Anfang sein, im Herbst statt zum Laubbläser wieder zur guten alten Harke zu greifen!

RATS-CHRONIK JULI 2013



Foto: Jörg Lange

Anfrage Kosten und Nutzen der Kleinen Höhe

Der regionale Grünzug Kleine Höhe musste in den letzten Jahrzehnten die unterschiedlichsten Planungen erdulden: Erst sollte die landwirtschaftlich genutzte Fläche Gewerbegebiet werden, dann Wohnbaufläche, später Standort für Windkraftanlagen und jetzt wird sie sogar als möglicher Standort für eine Forensik gehandelt. In der Antwort auf eine Anfrage der GRÜNEN an den Rat erläuterte die Verwaltung, dass die Stadt Wuppertal für Ankauf und Planung seit 1982 bereits mehr als 9 Millionen Euro für die Kleine Höhe verpulvert hat.

Anfrage zu Kosten des neuen Betreuungsgeldes

Die GRÜNE Fraktion erkundigte sich im Rat nach den Kosten, die für die Stadt bei der Umsetzung der sogenannten „Herdprämie“, des von der Bundesregierung beschlossenen Betreuungsgeldes, anfallen. Der Rat der Stadt hatte sich bereits im Juli 2012 mehrheitlich gegen das Betreuungsgeld ausgesprochen, trotzdem muss die Stadt nun die damit verbundenen Kosten stemmen. Das ist vor allem deshalb schade, weil das Geld sehr gut für den Ausbau der Unter-Dreijährigen-Betreuung verwendet werden könnte, denn die Stadt ist noch weit von der Erfüllung des Rechtsanspruches entfernt. Die Wuppertaler Verwaltung übernimmt die Aufgabe der Umsetzung der „Herdprämie“ auch für die Städte

Solingen und Remscheid. Sie schätzt, dass jährlich für ca. 3.300 Kinder im Bergischen Städtedreieck Betreuungsgeld beantragt wird. Dafür muss eine zusätzliche Stelle geschaffen werden, im nächsten Jahr noch eine weitere.

Es ist normal, verschieden zu sein – Wuppertal wird inklusiv

Schon vor mehr als zwei Jahren hat die Politik die Verwaltung beauftragt, ein „Handlungskonzept Inklusion“ zu erstellen. Im Ausschuss für Soziales, Familie und Gesundheit im Juni war der Entwurf leider noch nicht freigegeben. Deshalb wurde auch der GRÜNE Antrag „Es ist normal, verschieden zu sein – Wuppertal wird inklusiv“ um eine Gremienrunde vertagt.

Resolution gegen die Kündigung der Hälfte der MitarbeiterInnen bei Schaeffler

Bereits im Mai haben sich alle Fraktionen in einer gemeinsamen Resolution dafür stark gemacht, dass möglichst alle Arbeitsplätze der Firma Schaeffler in Wuppertal erhalten bleiben. Das Unternehmen will jedoch nach wie vor die Hälfte der 1.500 Beschäftigten entlassen. In dieser Resolution wird ein Runder Tisch aller Beteiligten vorgeschlagen und die Unternehmensleitung aufgefordert, ein klares Bekenntnis zum Standort Wuppertal abzugeben.

Bebauungsplan Hindenburgstraße

In der Hindenburgstraße sollen neben der Sambatrassse fünf Wohnhäuser

mit 26 Wohneinheiten gebaut werden. In der Ratssitzung wurde der Satzungsbeschluss gegen die Stimmen der GRÜNEN gefasst. Auch die Bezirksvertretung Elberfeld-West hat sich einstimmig gegen die Bebauung ausgesprochen. Der GRÜNE Stadtverordnete Klaus Lüdemann begründete die Ablehnung in seiner Rede damit, dass eine grüne Oase zerstört wird und darüber hinaus ein wichtiges Jugendprojekt zum Thema Naturerfahrung dann nicht fortgeführt werden kann und der gesetzlich vorgeschriebene Abstand zur Firma Bayer nicht eingehalten wird. Auch die AnwohnerInnen sind wie die GRÜNEN der Auffassung, dass die Bebauung zu massiv ist, und kündigten an, gegen das Vorhaben zu klagen.

Resolution: Keine Kompetenzverlagerung zum Regionalverband Ruhr zu Lasten anderer Regionen

Einstimmig wurde diese Resolution im Rat verabschiedet. Unter den Auswirkungen des Strukturwandels leiden fast alle Regionen in Nordrhein-Westfalen. Sowohl die Bergische Region als auch die im RVR zusammengeschlossenen Ruhrgebietsstädte benötigen für die Bewältigung des Wandels stärkere finanzielle Unterstützung durch die EU. Gegenüber einem geschlossen auftretenden Regionalverband, der mehr als 40 Städte und über 5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner vertritt, hätten das Bergische Land und alle anderen, kleineren Regionen in NRW

weniger Chancen, bei den EU-Fördermaßnahmen berücksichtigt zu werden.

Feststellungsbeschluss

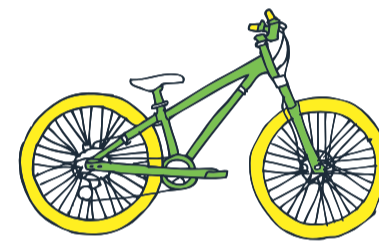
„Dreigrenzen“ – IKEA-Homepark

Die Änderung des Flächennutzungsplanes ermöglicht den Bau eines Einkaufszentrums außerhalb der Innenstädte. Das schwedische Möbelhaus allein wäre für die GRÜNEN unproblematisch, die Gefahr besteht im Einkaufszentrum mit den dort angebotenen „innenstadtrelevanten“ Waren. Die umliegenden Innenstädte inklusive Barmen und Elberfeld werden das Nachsehen haben, wenn die Pläne verwirklicht werden, denn jeder Euro kann bekanntlich nur einmal ausgegeben werden. Ende September wurde auf Landesebene auch beschlossen, im Höchstfall eine Bebauung von 2.500 qm zuzulassen. Die Wuppertaler Planungen gehen weit darüber hinaus,

Klimaschutzteilkonzept

„Erneuerbare Energien im Bergischen Städtedreieck“

Ohne Diskussion – diese hatte bereits im Ausschuss für Umwelt stattgefunden – beschloss der Rat einstimmig die Vorlage „Erschließung des Erneuerbare Energien-Potenzials in Wuppertal – Maßnahmenprogramm 2013 bis 2020“. Einen identischen Beschluss fassen auch die Räte in Remscheid und Solingen. Das Klimaschutzteilkonzept ist ein richtungsweisendes Papier, das die großen Potenziale von erneuerbaren Energien darstellt und Wege aufzeigt, wie sich unsere Region zur „100% Erneuerbaren Energieregion Bergisches Land“ entwickeln kann. Wichtige Voraussetzungen dafür sind der Ausbau der regenerativen Energien, die konsequente Energieeinsparung und Nutzung von energieeffizienter Technik sowie die enge Zusammen-



Fahrrad selber kaufen
ABO
geschenkt

Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig per E-Mail erhalten möchten, bitte eine Mail an fraktion@gruene-wuppertal.de senden.



deshalb stimmten die GRÜNEN gegen die Vorlage.

Spielflächenbedarfsplan Wuppertal 2012

Die Verwaltung schlägt vor, insgesamt 42 Flächen, die als potenzielle Spielflächen im Flächennutzungsplan ausgewiesen sind, zu verkaufen und den geplanten Erlös von 2,5 Millionen Euro in den maroden Haushalt fließen zu lassen. Die GRÜNE Fraktion sprach sich vehement gegen diese Maßnahme aus, denn in Wuppertal fehlen 25% der benötigten Spielflächen, in manchen Bezirken sogar bis zu 50%.

arbeit der städtischen und ländlichen Kommunen im Bergischen Land. Zu kritisieren ist die äußerst mangelhafte finanzielle Ausstattung der Verwaltung in diesem Bereich.

Alle GRÜNEN Anfragen, Anträge, Pressemitteilungen, Stellungnahmen, im Rat gehaltenen Reden, Newsletter und älteren Ausgaben der Fraktionszeitung finden Sie unter www.gruene-wuppertal.de in der Rubrik Aktuelles.

FEUERWEHREN DEMONSTRIEREN AM BRÜCKENPARK

■ KOMMT DIE FEUERWEHR BALD IM OLDTIMER?

Kurz vor der Bundestagswahl weisen Freiwillige Wehren und Berufsfeuerwehren aus den bergischen Städten auf den äußerst kritischen Zustand ihrer technischen Ausstattung hin. Im Rahmen einer beeindruckenden „Blaulichtmeile“ unter der Müngstener Brücke stellten die Wehren Teile ihres (alles andere als) aktuellen Fuhrparks aus.

Parallel fand eine öffentliche Diskussion und Befragung der Bundestagskandidaten zum Thema „Ausstattung des Katastrophenschutzes“ statt. Anlass für den Alarm der bergischen Wehren ist, dass die Bundesregierung ihren Verpflichtungen bezüglich der neuen Ausstattung des Katastrophenschutzes nicht nachkommt. Auch

für Wuppertal sind nach dem Ausstattungskonzept aus dem Jahr 2007 eigentlich neue Löschgruppenfahrzeuge vorgesehen, die dringend benötigt werden.

Da das Land Nordrhein-Westfalen bis dato kein einziges neues Löschfahrzeug aus diesem Konzept des Bundes erhalten hat, ergibt sich im Wuppertaler Katastrophenschutz derzeit ein Defizit von vier Löschfahrzeugen.

Die vorhandenen Löschfahrzeuge sind teilweise 25 Jahre im Dienst und entsprechen auch unter Sicherheitsaspekten nicht mehr dem Stand der Technik.

So sind sie zum Teil weder mit Kopfstützen noch mit Sicherheitsgurten ausgestattet und aufgrund ihres Alters generell reparaturanfällig.



Foto: Mathias Kehren

Aus anderen Städten in NRW wird berichtet, dass sich Wehren sogenannte „Schrottfahrzeuge“ auf Halde legen, um sie als Ersatzteillager zu nutzen. Zu solchen Zuständen dürfen wir es in Wuppertal nicht kommen lassen. Wuppertal als Großstadt mit chemischer Industrie und vier Autobahnen braucht für Großschadensereignisse einen einsatzfähigen Katastrophenschutz – und einen Fuhrpark, der auch die Frauen und Männer der Freiwilligen Wehren wirkungsvoll unterstützt und nicht mit einem historischen Fahrzeug zum Einsatzort rollen lässt.

Hier muss der Bund zu seiner Verpflichtung stehen und die erforderlichen Mittel für die Anschaffung vier neuer Löschgruppenfahrzeuge endlich bereitstellen.